

# MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

## Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, den 09.03.1988 um 19.00 Uhr** im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **34. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung.**

Anwesend: Bgm. Harald Wekerle als Vorsitzender, die Gemeinderäte Dipl.Vw. Otmar TSCHANN und Gerhard WILLE sowie die Gemeindevertreter und Ersatzmitglieder Peter VONBANK, MR Dr. Hermann SANDER, Hans NEYER, Dipl.Ing. Dr. Ernst PÜRER, Jakob GANAHL, Ing. Kurt PRAUTSCH, Fritz NETZER, Wilhelm GANTNER und Dr. Hansjörg CZINGLAR für die ÖVP  
Mag. Dr. Siegfried MARENT und Franz NETZER für die SPÖ und Parteifreie  
DDr. Heiner BERTLE, Mag. Siegfried NEYER, Siegfried GRASS und Felizitas MAKLOTT für die FPÖ und parteifreie Bürger.

Entschuldigt abwesend: Vizebgm. Gerhard REBHOLZ, GR Ludwig KIEBER, GR Ing. Werner NETZER, GV Werner BITSCHNAU und GV Mag. Manfred HANISCH;

Abwesend: GV Ing. Rudolf HAUMER, GV Rudolf LISCHKA und GV Dr. Edgar DÜNGLER.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Da keine Anfragen an die Gemeindevertretung erfolgen, erklären sich die anwesenden Mandatare damit einverstanden, den offiziellen Teil der 34. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung um 19.30 Uhr zu eröffnen.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatare und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Er fordert die Mandatare auf, hinkünftig die festgelegten Beginnzeiten zu beachten.

EM Felizitas Maklott legt vor Bgm. Harald Wekerle das Gelöbnis gem. § 37 des Gemeindegesetzes ab.

Vor Eingang in die Tagesordnung wird gemäß § 41 Abs. 3 des Gemeindegesetzes einstimmig beschlossen, zusätzlich nachfolgenden Gegenstand zu behandeln:

**Vorrangseinräumung eines Pfandrechtes in EZ1. 323 KG Schruns**

### Erledigte Tagesordnung:

- 1) Berichte des Bürgermeisters;
- 2) Abfallkonzept Vorarlberg - Empfehlung für die Trennung von Abfällen aus den Haushalten, entsprechend dem Beschluß der Vorarl-

berger Landesregierung, Aussprache mit LR Dieter Grabher und Fachexperten des Amtes der Vbg. Landesregierung [Anlage];

- 3) **Gewährung von Unterstützungsbeiträgen an örtliche Vereine und Wohlfahrtseinrichtungen bei Wertstoffsammlungen;**
- 4) **Sanierung von Hochwasserschäden an der Litz, Übernahme des Interessentenanteiles;**
- 5) a) **Linksabbiegeverbot Zamangbahn - Silvrettastraße Richtung Schrunser Ortskern** (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);  
b) **Einhaltung der Punkte 2 lit. e und f laut Gemeindevertretungsbeschuß vom 09.04.1981** (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 6) **Unterführung Montafonerbahn zwischen Kino und Kinderspielplatz** (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 7) **Einschätzungsbeirat für die Verumlagerung der Fremdenverkehrsbeiträge , Nachbesetzung** (Antrag der ÖVP);
- 8) **Vorrangseinräumung eines Pfandrechtes in EZL. 323 KG Schruns;**
- 9) **Allfälliges.**

zu 1)

Der Vorsitzende berichtet über:

- a) die Musikschule Montafon und die eingelangten Stellungnahmen zur Neuregelung der Erwachsenenbeiträge.
- b) die wesentlichsten Änderungen des Jagdgesetzes.
- c) die Ausweitung der Förderungsrichtlinien des Landes bzgl. der Qualitätsverbesserung von Privatzimmern.
- d) die Eingabe der Bewohner des Ortsteiles Gamplaschg bzgl. der Nachteile und Erschwernisse, die wegen der Verlegung des Jakob Stemer-Weges auf den Sternenparkplatz auftreten.

zu 2)

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Landesrat Hans-Dieter Grabher und bittet ihn, das von der Landesregierung beschlossene Abfallkonzept und die diesbezüglichen Empfehlungen an die Gemeinden der Gemeindevertretung zu erläutern.

Landesrat Grabher begrüßt die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung und bedankt sich für die Einladung zur gegenständlichen Sitzung. Er verweist darauf, daß in den bisherigen Gesprächen oft gute Tips vorgebracht wurden.

Er führt aus: Die Grundlage der Empfehlung der Vorarlberger Landesregierung bildet das Abfallkonzept, welches Schritt für Schritt in Arbeitsgruppen, in welchen Vertreter der Gemeinden, einige Bürgermeister, die politischen Fraktionen des Landtages sowie verschiedene Experten eingebunden waren, entwickelt und im Juni 1987 einstimmig beschlossen worden ist. Einerseits konnte erreicht werden, die Abfallbeseitigung auf mindestens 15 Jahre sicherzustellen, andererseits wurde großes Augenmerk auf die Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentgiftung gelegt. Lange ist über die Frage nachgedacht worden, ob der Abfall deponiert bzw. einer thermischen Behandlung unterzogen werden soll. Da jedoch derzeit eine Verbrennung noch nicht realisierbar ist, muß, wie bereits erwähnt, den anderen Faktoren ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Die derzeitige Situation in Vorarlberg stellt sich so dar, daß jährlich 75.000 Tonnen häusliche Abfälle und ca. 25.000 Tonnen gewerbliche und industrielle Abfälle, somit insgesamt 100.000 Tonnen Abfälle anfallen. Bei diesen Mengen ist es erforderlich, die Wiederverwertungsmöglichkeiten auszubauen. Hier werden in Vorarlberg in puncto Glas, Papier, und Metall, bezogen auf das gesamte Bundesgebiet, die besten Quoten erreicht.

So ist auch über die Abfallvermeidung lange diskutiert worden. Hier müssen zwei wesentliche Punkte hervorgehoben werden:

1. Abfallvermeidung bereits bei der Produktion (Verpackungsindustrie). Bundes- und europaweite Regelungen sind notwendig, so sollte z.B. die Verwendung von Aluminium für Dosen verboten, bzw. wie in Schweden vorgegangen werden, wo durch Recycling 90 % des Aluminiums wiederverwendet wird. In der Schweiz liegt die Zielsetzung bei 80 %. Dieser Wert soll durch ein Pfandsystem erreicht werden.
2. Jeder einzelne muß abfallvermeidenden Konsum betreiben und von sich aus auf verschiedene Produkte verzichten. Leider läuft der Trend in die falsche Richtung, da in Supermärkten aufgrund von Hygienevorschriften alles abgepackt wird. In den USA ist - aufgrund der verwendeten Schnellgerichte und Tiefkühlkost - ein Abfallanfall von rund 400 kg, in St. Gallen von 330 kg und in Österreich 210 kg pro Kopf und Jahr zu verzeichnen. Dabei liegt Vorarlberg über dem Bundesdurchschnitt an dritter Stelle. Diese Zahlen können andererseits als Indikator für den Lebensstandard und die wirtschaftliche Situation angesehen werden.

Die Problemstoffe im Haushalt dürfen nicht im normalen Hausmüll landen. Bei diesen ist, um sie auf normalen Deponien lagern zu können, eine Entgiftung notwendig. Hier befindet man sich aber mehr oder weniger im Anfangsstadium, wobei jedoch eine rasche Entwicklung festzustellen ist. Hinsichtlich der Mülltrennung muß auf die Kompostierung verwiesen werden, welche einen wesentlichen Bestandteil der Wiederverwertung bildet.

Im Abfallkonzept sind drei Entsorgungsregionen angeführt: Bregenzwald, Unterland und Oberland ab Götzis. Der Abfall des Oberlandes wird im Böschi-Tobel gelagert. Ursprünglich ist mit 8 Jahren gerechnet worden, jetzt wird das Böschi-Tobel erweitert und es werden verschiedene Adaptierungen vorgenommen. Eine zweite Deponie wird in Frastanz - Galetscha errichtet werden. Als Alternative dazu

hat die Stadt Bludenz von sich aus angekündigt, eine Deponie zur Verfügung zu stellen. Insgesamt kann mit einem Auslangen von 12-15 Jahren gerechnet werden.

Aufgrund der in der Zwischenzeit angestellten Versuche werden Empfehlungen an die Gemeinde gegeben. Im Oberland wird es notwendig sein, von Sammelbehältern auf Abfallsäcke umzustellen, was eine konsumgerechte Erfassung ermöglicht. Ebenfalls müssen in Zukunft die wiederverwertbaren Stoffe stärker erfaßt werden. So soll z.B. von Vereinen Altpapier mindestens zweimal jährlich abgeholt werden. Die Gemeinde stellt in Ergänzung dazu entsprechende Container auf. Der organische Müll (Biomüll) soll kompostiert und auf eigenen Hausanlagen gelagert, die Problemstoffsammlung muß wie bisher fortgesetzt werden. Zusätzlich müssen in den Gemeinden stationäre Abgabenstellen geschaffen werden. Die übrigen Problemstoffe werden wie bisher entsorgt: alte Medikamente in Apotheken, Batterien wie bisher in öffentlichen Gebäuden und Mehrfamilienhäusern. Die Sperrmüllabfuhr muß zumindest einmal jährlich vorgenommen werden. Leider entsorgen dabei viele Haushalte auch ihren Hausmüll. Das Bewußtsein in der Bevölkerung ist jedoch im Steigen begriffen, so wurden durch diese Vorgangweise schon gute Erfolge erzielt.

Es ist festgestellt worden, daß viele Gemeinden die Abfallgebühren nicht nach dem Verursacherprinzip festsetzen. Es ist deshalb anzuraten, die Kosten für Sperrmüllabfuhr, für die Bereitstellung von Containern, für die Problemstoffsammlungen, für Motivation und Information, usw., in die Grundgebühr einzurechnen.

Abschließend führt Landesrat Hans-Dieter Grabher aus, daß er keine einseitigen Informationen weitergebe. Bei der Erstellung dieses Abfallkonzeptes haben alle Fraktionen zusammengearbeitet. Hier sei Sachpolitik und nicht Parteipolitik betrieben worden. Er und seine Mitarbeiter seien offen für jedes Gespräch.

Bürgermeister Harald WEKERLE dankt Herrn Landesrat Hans-Dieter Grabher für seine Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion spricht GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN hinsichtlich der Gestaltung der Abfallgebühren den Konflikt zwischen Entsorgungssicherheit einerseits und Müllvermeidung und -Trennung andererseits an: "Wie lautet die Empfehlung der Vorarlberger Landesregierung hinsichtlich dieses wirtschaftlichen Konfliktes?"

Landesrat Hans-Dieter GRABHER antwortet dazu, daß niemand, der bestrebt sei, im eigenen Haushalt möglichst wenig Müll zu produzieren, durch eine starre Gebührenordnung bestraft werden dürfe. Schwarze Schafe gebe es immer (Hausbrandentsorgung, Mülltourismus), aber wie verschiedene Beispiele gezeigt haben, verbessere sich hier die Bereitschaft der Bevölkerung zusehens. Grundsätzlich sollte derjenige belohnt werden, der wenig Müll produziert und diesen sauber trennt. Leider werden die Gebühren insgesamt nicht billiger werden, da z.B. an den Deponiebau hohe Anforderungen gestellt werden, wie dies auch das Beispiel Böschi-Tobel gezeigt habe.

GV DDr. Heiner BERTLE bedauert, daß so wenige Mitbürger davon Gebrauch machen, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Er fragt

an, warum eine generelle Abneigung gegen die Verwendung von Abfallkübeln und Containern gehegt werde. Insbesondere in Mehrfamilienwohnhäusern bestünden seiner Ansicht nach eindeutige Vorteile gegenüber der "Sackwirtschaft". Weiters spricht er die überdimensionalen Grundkosten im Böschi-Tobel an. Hier sei ohne Ausschreibungen der bisherige Betreiber weiter herangezogen worden.

GR Gerhard WILLE fragt an, warum in Vorarlberg die Frage der Abfallverbrennung verworfen worden sei. Außerdem möchte er wissen, warum nicht eine gesamte Region "Rheintal" geschaffen werde (Gesamtkonzept).

Landesrat Hans-Dieter GRABHER nimmt dazu folgendermaßen Stellung: Er habe festgestellt, daß in Schruns sehr kleine Abfallbehälter Verwendung finden. Nach seinen Schätzungen sei diese Entsorgung mit der Entsorgung durch Müllsäcke zu vergleichen. Ein Kübel könne zwar schon in einer Woche gefüllt werden, es sei aber auch festzustellen, daß einige dazu zwei bis drei Wochen benötigen. Der Abtransport erfolge jedoch wöchentlich. Die Verwendung von Müllsäcken stelle deshalb eine aufkommensgerechtere Gestaltung dar. Er gebe aber zu, daß bei Verwendung von sehr kleinen Kübeln dieselbe Wirkung erreicht werden könne. Die Verwendung von Containern biete wenig Einfluß auf die Abfalltrennung, da z. B. bei Mehrfamilienhäusern der Müll in der Anonymität ende. Leider seien in vielen Fällen von der Baugestaltung her keine Vorkehrungen für die Aufstellung von Müllsäcken getroffen worden.

Bürgermeister Harald WEKERLE führt aus, daß in Schruns die Grundgebühren bereits, wie in der Studie vorgeschlagen, gestaltet sind. Anstatt eines 25 Liter Kübels können auch 25 Säcke bezogen werden. Wer spare, finde mit 25 Säcken pro Jahr das Auslangen. Er vertrete deshalb die Meinung, daß man nicht von den Kübeln mit Wahlmöglichkeit abgehen soll, da dieses System in Schruns bewährt hat.

Landesrat Hans-Dieter GRABHER bemerkt, daß anzunehmen sei, daß ein 25 Liter Kübel wöchentlich entleert werden müsse. Den 25 Liter-Kübeln müßten jedoch 52 Säcke als Gegenleistung gegenüberstehen, welche aber nicht immer gebraucht werden. Dazu bringt der Vorsitzende vor, daß es besser sei, halbvolle Kübel zu entleeren als Müllablagerungen in freier Natur zu riskieren. Auch GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN findet das Kübel-Sack-System optimal. Eine Mülltrennung wäre trotzdem anzustreben und sollte finanziell gefördert werden.

Hier schlägt Landesrat Hans-Dieter GRABHER vor, einen finanziellen Anreiz in der Weise zu schaffen, daß bei Rückgabe von ausgefolgten Müllsäcken Geld zurückgegeben wird. Hier gibt GV Franz NETZER zu bedenken, daß Haushalte, welche Geld rückvergütet bekommen, eventuell den Hausmüll durch Verbrennen selber entsorgen könnten. GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN könnte sich eine Lösung so vorstellen, daß die Gemeinde als Händler auftritt und die Abfuhr von verwertbaren Altstoffen finanziell unterstützt. Diese Leistungen müßten in die Müllabfuhrgebühren eingerechnet werden.

Landesrat Hans-Dieter GRABHER erinnert an die Preissituation im Altstoffmarkt, verweist aber darauf, daß es im Endeffekt für jede Gemeinde noch rentabel ist, an Vereine Vergütungen zu leisten. Im

Durchschnitt könne mit Kosten von S 1.400,-- pro Tonne Abfall gerechnet werden.

Bürgermeister Harald WEKERLE erläutert die Situation in Schruns, wo ein dichtes Sammelnetz zur Verfügung steht: 25 Container für Glas und Dosen, 13 Papiercontainer. Weiters soll eine zentrale Sammelstelle eingerichtet werden. Seit einem Jahr könne der Problemabfall im Bauhof abgegeben werden. Abschließend bemerkt er, daß insbesondere in Gewerbebetrieben nicht auf Container verzichtet werden könne. Bei den Wohnanlagen seien schon Glas- und Papiercontainer aufgestellt. Die Entsorgung funktioniere gut. Das Umstellen auf Säcke habe auch schon negative Auswirkungen gezeigt, z. B. habe festgestellt werden können, daß viele Leute lange Zeit hindurch keine Säcke bezogen.

Nach GV Wilhelm GANTNER ist die Mülltrennung im privaten Bereich nur über Säcke möglich. Bürgermeister Harald WEKERLE erinnert auch daran, daß sich das Bringsystem vorteilhafter ausgewirkt habe, als das Holsystem. Dazu äußert Landesrat Hans-Dieter GRABHER, daß Container, welche gut situiert sind, den bestmöglichen Erfolg versprechen. Dennoch ergeben sich z. B. bei älteren Leuten Transport-schwierigkeiten. Im Unterland werden 2 Säcke, einer für Trockenmüll, der andere für Naßmüll, verwendet. Solange jedoch im Oberland keine Kompostverwertung stattfindet, werde diesem System kein Erfolg beschieden. Der Gedanke der Verbrennung sei zwar noch nicht verworfen worden, es sei jedoch beim derzeitigen Stand der Technik und dem derzeitigen Bewußtseinsstand eine Verbrennungsanlage in Vorarlberg nicht möglich. Die Entwicklung der Verbrennungsanlage in Buchs werde jedoch insbesondere im Hinblick auf deren Schadstoffausstoß laufend beobachtet. Er befände es sicher für gut, wenn der Großraum Feldkirch zusammen mit dem Großraum Buchs oder dem gesamten Rheintal entsorgt würde. Hier ergeben sich jedoch Schwierigkeiten mit den Behörden und politisch Verantwortlichen. Liechtenstein z.B. wehre sich schon jetzt gegen die Verbrennungsanlage in Buchs.

Grundbesitzerin des Böschis-Tobel ist die Agrargemeinschaft Nenzing. Die Gebührengestaltung ist ausschließliche Sache der Grundbesitzer, der Betreiber und der jeweiligen Gemeinde. Die derzeitige Deponiegebühr von S 90,--, welche an die Agrargemeinschaft entrichtet werden müsse, sei sicher zu hoch angesetzt. Eine Ausschreibung sei jedoch in der Praxis kaum realisierbar, da die Firma Amann bisher zufriedenstellend gearbeitet habe und deshalb auch mit der Erweiterung der Deponie und den diesbezüglichen Baumeisterarbeiten betraut werde. Die Kalkulationen und Abrechnungen werden zwar von der Landesrevisionsstelle ständig geprüft, auf die S 90,-- an die Agrarbezirksbehörde könne jedoch kein Einfluß genommen werden.

Bürgermeister Harald WEKERLE glaubt, daß sich die Errichtung einer Deponie in Bludenz hinsichtlich der Preisgestaltung vorteilhaft auswirken würde.

Auf verschiedene weitere Anfragen antwortet Landesrat Hans-Dieter GRABHER, daß schon die verschiedensten Systeme der Müllentsorgung überprüft worden sind und weiter geprüft werden. Momentan gebe es zwar viele Versuche, jedoch wenig Ausgereiftes. So sei beispielsweise das Ravensburger System der grünen Tonne wieder eingepackt worden. Auf die Frage von Wilhelm GANTNER, wie die Bundesregierung

den Widerspruch - Produktion von Verpackungsmaterial aufgrund von Hygienegesetzen und Vermeidung von Abfall - lösen werde, bemerkt Landesrat Hans-Dieter GRABHER, daß hier auf internationaler Ebene verhandelt werden müsse.

Bei der Müllvermeidung stehe man noch etwas am Anfang der Entwicklung. Hier sei es sicher nötig, neue Wege zu beschreiten:

1. Produkte länger haltbar machen z. B. Stoffe, die von der Entsorgung her keine Probleme bereiten, keine Farbstoffzusätze, Einschränkung von PVC. Es dürfen bestimmte Stoffe nicht in den Kreislauf gebracht werden.
2. Gesetzgebung auf Bundesebene: Hier sei ein Entwurf eines Abfallvermeidungsgesetzes bereits versendet worden, dieser sei jedoch in den Schubladen verschwunden.

EM Felizitas MAKLOTT berichtet aus der Hausfrauensicht. Der Trend zum Einkauf im Supermarkt steige ständig. Dort werde jedoch alles verpackt. Die Entsorgung für die Hausfrau sei aufgrund der Verwendung zahlreicher unterschiedlicher Stoffe - Plastik, Styropor, Silberdeckel bei Joghurtbecher usw. - schwierig.

Landesrat Hans-Dieter GRABHER pflichtet dem bei und vermerkt, daß sich die Hausfrauen ständig mit diesen Problemen befassen müssen: Zu viele unterschiedliche Kunststoffe, deren Verwertung derzeit gar nicht oder nur sehr schwer möglich ist, werden in den Handel gebracht. Laut Aussage von Sachverständigen ist die Lagerung von Kunststoffartikeln auf der Deponie problemlos.

GR Gerhard WILLE fragt an, ob in Vorarlberg Einrichtungen zur Zerkleinerung von Sperrmüll Verwendung finden, was von Landesrat Hans-Dieter GRABHER verneint wird. Hier gebe es lediglich Ansatzpunkte. Im Böschi-Tobel werde beispielsweise der Müll nur verdichtet und gewalzt.

GV Mag. Dr. Siegfried MARENT glaubt, daß auf die Müllvermeidung noch mehr Augenmerk zu legen ist, obwohl dies unpopulär sei. Die wahre Ursache liege in der Produktion. Hier müsse der Hebel angesetzt werden. Er verweist auch auf das Problem der Information der Bevölkerung, insbesondere in Freizeitsportgemeinden. Auch in Gewerbebetrieben sei die Mülltrennung schwierig, da ein oftmaliger Personalwechsel stattfinde. Landesrat Hans-Dieter GRABHER hält Information für notwendig. So haben die Rücklaufquoten von wiederverwertbaren Stoffen, welche sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt haben, gezeigt, daß diese Wege weiter beschritten werden müssen. Das Abfallkonzept sei einhellig erstellt worden. Dessen Konsequenz sei die Neuordnung des Abfallgesetzes gewesen. Hier habe es hinsichtlich der Müllvermeidung Unstimmigkeiten gegeben, wobei jedoch nur Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Art und Weise der Realisierung bestanden (akadem. Streit). Er kenne auch die niederösterreichische Regelung, habe sich jedoch dagegen gewehrt, da die Abfallvermeidung in dieser Art aufgrund landesgesetzlicher Regelungen nicht durchsetzbar sei. Hier müsse österreich- und europa-weit gehandelt werden.

Abschließend erwähnt er, daß die Vorarlberger Landesregierung Informationen ausarbeite und in ständigen Verhandlungen mit den

Altstoffhändlern stehe. An die Gemeinden werden noch Anleitungen und grundsätzliche Informationen weitergegeben. Diese müssen dann auf jede einzelne Gemeinde abgestimmt und ergänzt werden. Er dankt den Mandataren für ihre Diskussionsbeiträge.

Nach Verabschiedung von Herrn Landesrates Hans-Dieter GRABHER vermerkt GV Mag. Dr. Siegfried MARENT, daß sich die Gemeinden, die keinen Müllplatz haben, nicht erpressen lassen sollen. Er möchte grundsätzlich anfragen, ob in Schruns oder im Montafon eine Möglichkeit bestehe, eine wenig störende Deponie zu errichten. Dies wird von Bürgermeister Harald WEKERLE aus Gründen des Grundwasserschutzes und geologischer Sicht verneint.

zu 3)

Der Vorsitzende verliest das Schreiben der Vorarlberger Landesregierung vom 30.11.1987 hinsichtlich der Gewährung von besonderen Bedarfszuweisungen für Beiträge der Gemeinden zu Wertstoffsammlungen. Da die Altstoffsammlungen aufgrund des Preisverfalles praktisch uninteressant geworden seien - der Papierpreis liegt derzeit bei maximal 10 g pro kg -, sollen die örtlichen Vereine und Wohlfahrtseinrichtungen durch entsprechende Unterstützungsbeiträge animiert werden, die Sammlungen, deren Erlös ja den Vereinen und Wohlfahrtseinrichtungen zugute kommt, weiterhin durchzuführen. Es werde vorgeschlagen, diese pro Tonne Altpapier mit S 300,- und pro Tonne Alttextilien mit S 600,- zu unterstützen. Das Land refundiert bei nachweisbaren Förderungen pro Tonne Altpapier S 150,- und pro Tonne Alttextilien S 300,-. Die Altreifen werden im Montafon derzeit noch über die Tankstellen entsorgt.

Er beantrage deshalb, die Ortsvereine (Pfadfinder) und Wohlfahrtseinrichtungen in der vorgeschlagenen Art zu unterstützen. Die Unterstützung soll nur bis auf Widerruf gewährt werden und orientiert sich am Preis für Altstoffmaterialien. Diese Kosten stellen einen Teil der Abfuhrgebühren dar. In der bisherigen Gebührenkalkulation sei die Sperrmüllabfuhr und die Abfuhr von Sondermüll bereits enthalten. Die Gemeinde soll auf die Aktivitäten der einzelnen Vereine keinen Einfluß nehmen. Es sei jedoch klar, daß auswärtige Altwarenhändler keine Unterstützung erlangen.

Die Gewährung von Unterstützungsbeiträgen an örtliche Vereine und Wohlfahrtseinrichtungen bei Wertstoffsammlungen - S 300,- pro Tonne Papier und S 600,- pro Tonne Alttextilien - wird einstimmig beschlossen.

zu 4)

Aufgrund von Setzungen in der Litzsole - km 2,2 bis km 2,5 - sei es zu Uferanrissen (Einrutschen der Uferböschungen und Angriff der Ufer) gekommen. Das Landeswasserbauamt Bregenz habe sich bereit erklärt, aufgrund der Dringlichkeit der Situation die Maßnahmen noch in das Bauprogramm 1988, Kleinmaßnahmen wie Einbau von kleinen Blocksteinrampen und Sicherung der Uferböschungen mittels Berolungen, aufzunehmen. Die Kosten dafür würden sich auf S 800.000,- belaufen. Es werde folgender Finanzierungsschlüssel vorgeschlagen:



Teil 1: Baukosten S 400.000,-. 60 % Bund, 30 % Land, 10 % Interessent, d.h., die beiden Gemeinden Bartholomäberg und Schruns müßten S 400.000,- aufbringen.

Teil 2: Baukosten S 400.000,-. Hier könnte ein 40%iger Sonderbeitrag dem Landesstraßenbauamt in Rechnung gestellt werden, d.h., die Baukosten von S 400.000,- würden sich um S 160.000,- verringern, weiterer Finanzierungsschlüssel wie oben. Die Kosten für beide Gemeinden belaufen sich auf S 64.000,-, wobei seitens des Landeswasserbauamtes vorgeschlagen werde, aufgrund der Finanzkraft und des Unterliegerstatus der Gemeinde Schruns 60 % zuzuweisen.

Der Vorsitzende erklärt weiters, daß er versuchen werde, beim Bau los 2 die Montafonerbahn aufgrund der Druckrohrleitungen einzubinden. Die Gemeinde Bartholomäberg habe der vom Landeswasserbauamt vorgeschlagenen Regelung bereits zugestimmt.

GV DDr. Heiner BERTLE fragt an, ob der Budgetposten "Schutzwasserbau" bereits ausgeschöpft sei, was von Bürgermeister Harald WEKERLE bejaht wird. Er weist jedoch auf das Schreiben der Wildbach- und Lawinenverbauung über die vorgesehene Aussetzung der Arbeiten der Kapellverbauung hin. Aus diesem Titel werden unter Umständen einige Mittel frei.

Die Übernahme eines Interessentenanteiles für die Sanierung von Hochwasserschäden an der Litz in Höhe von S 38.400,- wird einstimmig beschlossen.

#### zu 5 a)

GV Franz NETZER bringt vor, daß die derzeitige Verkehrssituation auf der Silvrettastraße für die Anrainer eine große Belastung bedeute. Bei der Besprechung der Errichtung der Zamangbahn sei von einer Entlastung gesprochen worden. Er verliest einen Artikel der Ausendung des Bürgermeisters im Jahre 1977, in welchem ebenfalls über eine Entlastung der Silvrettastraße gesprochen worden ist. Es werde aber festgestellt, daß die Errichtung des Parkplatzes bei der Zamangbahn eine wesentliche Mehrbelastung der Anrainer der Silvrettastraße zur Folge hatte. Insbesondere habe er beobachtet, daß viele Fahrzeuge in der Zeit zwischen 16.00 und 18.00 Uhr auf der Silvrettastraße in Richtung Ortskern fahren, diesen jedoch lediglich als Durchfahrt benutzen, da es sich bei 2 Drittel der Fahrzeuge um Tagesgäste handle.

Bürgermeister Harald WEKERLE gibt zu bedenken, daß ein Linksabbiegeverbot zur Folge hätte, daß zuerst die Silvrettastraße hineingefahren, anschließend umgekehrt und dann wieder auswärts in Richtung Ortsmitte gefahren werde bzw. der Verkehr auf die Umfahrungsstraße und den Wagenweg abgedrängt wird. Wegen der Transportkapazität der Zamangbahn benutzen viele Gäste und Einheimische aus dem Ortszentrum diese Bahn. Die wollen ohne Umweg zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Gesamthaft gesehe erfolge durch die Errichtung der Zamangbahn eine Entlastung im Ort. Außerdem sei heuer eine direkte Ein- und Ausfahrt an der B 188 geschaffen worden, die sich sehr

bewährte und sicherlich beitragen wird, daß vermehrt auf die E 188 ausgefahren wird.

GV Peter VONBANK warnt vor einem verfrühten Beschluß und bittet, die Ergebnisse der Verkehrsstromzählungen abzuwarten. Das beantragte Linksabbiegeverbot müsse mit den Verkehrsplanern besprochen werden.

GV Hans NEYER bestätigt zwar, daß der Verkehr zugenommen habe, möchte jedoch den Gästen das Fahren im Kreisverkehr nicht zumuten. Die Zimmervermietung habe aufgrund der Zamangbahn zugenommen. Ein Linksabbiegeverbot hätte lediglich eine Verkehrsverlagerung zur Folge.

Es wird einstimmig beschlossen, die Verordnung eines Linksabbiegeverbotes im Bereich Zamangbahn - Silvrettastraße in Richtung Schrunser Ortskern bis zum Vorliegen des Ergebnisses einer Verkehrsstromzählung zu vertagen.

zu 5 b)

GR Franz NETZER bringt vor, daß heuer zeitweise beidseitig der Silvrettastraße geparkt worden war und erinnert an den diesbezüglichen Gemeindevertretungsbeschluß. Die damals von GV DDr. Heiner BERTLE vorgebrachten Befürchtungen haben sich bestätigt. Er selbst habe sich nie gegen die Errichtung der Zamangbahn gewehrt, er sehe jedoch jetzt Leute und Kinder in ihrer Gesundheit und in ihrem Leben gefährdet. Er dränge auf eine Einhaltung des Beschlusses.

Bürgermeister Harald WEKERLE bringt vor, daß diese Forderung eigentlich dem Punkt f) des damaligen Beschlusses - Verbot der Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen - zuwiderlaufe.

GV Peter VONBANK hält es für notwendig, den Beschluß in Hinblick auf ein eventuelles Parken auf dem "Waldberg-Grundstück" zu modifizieren. GV Franz NETZER bringt vor, daß die Parkregelung hinter dem Friedhof geklappt habe. Es müsse daher auch möglich sein, dies bei der Zamangbahn zu erreichen. Hans NEYER verweist insbesondere auf die Probleme beim Fratteweg und warnt davor, eventuellen Einsatzfahrzeugen ein Einfahren unmöglich zu machen.

GV Franz NETZER schlägt vor, im Herbst eines jeden Jahres Matten auf die Wiesen zu legen, welche im Winter das Parken ermöglichen und trotzdem den landwirtschaftlichen Grund erhalten.

GR Gerhard WILLE spricht den zwei Gemeindegewaltswachebeamten ein Lob aus, da die Verkehrsüberwachung zunehmend besser werde.

Bürgermeister Harald WEKERLE hält es für begrüßenswert, wenn die Hochjochbahnen Ges.m.b.H. die Schaffung von temporären Maßnahmen untersucht, um eine Pufferzone für Spitzentage zu schaffen.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT bringt vor, die diesbezüglichen Protokolle gelesen zu haben, welche klare Beschlüsse beinhalten. Der jetzige Zustand sei unbefriedigend, weshalb diese Beschlüsse durchgeführt werden müssen. Da Gleichheit an oberster Stelle stehen müsse, müsse auch den wirtschaftlichen Unternehmen die erforderlichen

Parkplätze vorgeschrieben werden. Sollten aber die gefaßten Beschlüsse aufgehoben werden, so müßte dies für alle Schrunser gelten.

Dazu bringt Bürgermeister Harald WEKERLE vor, daß die Hochjochbahn die notwendige Anzahl von Parkplätzen geschaffen habe. Er vergleicht die Situation mit einem Hausbesitzer, der bei besonderen Anlässen auch einige Parkplätze zu wenig hat, obwohl er die vorgeschriebene Anzahl geschaffen hat.

GV Wilhelm GANTNER schlägt vor, an die Hochjochbahnen heranzutreten und sie aufzufordern, neue Lösungen zu suchen, da die Situation an Spitzentagen nicht tragbar sei. Man dürfe aber nicht am Buchstaben der seinerzeitigen Beschlüsse verhaftet bleiben, sondern müsse auch andere Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen.

Es wird einstimmig beschlossen, die Hochjochbahn Ges.m.b.H. aufzufordern, eine Lösung des Parkplatzproblem bei der Zamangbahn an Spitzentagen zu erarbeiten.

zu 6)

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT bringt vor, daß der Streckenabschnitt zwischen Schruns und Tschagguns eine extreme Langsamfahrtstrecke darstelle. Um ein Schnellerfahren zu ermöglichen und trotzdem die Verkehrssicherheit zu wahren, sei es notwendig, mit den Montafonerbahnen Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung hinsichtlich der Errichtung einer Unterführung zu führen. Es müsse dann von baulicher Seite geprüft werden, ob eine Unterführung notwendig ist oder ob mit anderen Maßnahmen das Auslangen gefunden werden kann. Er stelle daher den Antrag, die Errichtung einer Unterführung zu prüfen bzw. andere adäquate Lösungen zu untersuchen sowie Verhandlungen mit der Montafonerbahn mit dem Ziel einer Kostenbeteiligung zu führen.

GV Peter VONBANK erinnert daran, daß die Bahn ca. 10 mal im Tag aus- und einfahre und nicht einmal die Frequenz der Straßenbahnen in Innsbruck erreiche. Ein gewisser Schutz sei unumstritten notwendig, mit Bestimmtheit aber keine Unterführung. Hier könne mit anderen technischen Einrichtungen das Auslangen gefunden werden. Der Vorsitzende erinnert daran, daß jede Kreuzung gewisse Gefahren berge. Abschränkungen oder ähnliche technische Einrichtungen seien sicher notwendig, und er glaube, daß man sich auf Maßnahmen einigen könnte, die das unmittelbare Betreten der Geleise verhindern und so die Gefahrenpunkte abschwächen.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT verweist darauf, daß keiner die Kosten kenne und niemand wisse, wieviel die Montafonerbahn bereit ist, beizutragen. Um eine Kostenklarheit zu schaffen, müssen zuerst Varianten durch die Montafonerbahnen geprüft werden.

GV Franz NETZER schlägt vor, den Raumordnungsausschuß zu beauftragen, im Rahmen der Verkehrs- und Ortsplanung mit Experten Möglichkeiten zu überdenken und Varianten auszuarbeiten. Bürgermeister Harald WEKERLE versichert, daß schon im Frühjahr kurzfristige Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.

Es wird stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme: für GV Mag.Dr. Siegfried MARENT ist dieser Beschluß zu wenig weitreichend) beschlossen, im Rahmen der Orts- und Verkehrsplanung die Absicherung der niveaugleichen Eisenbahnkreuzungen zu prüfen.

zu 7)

über Vorschlag der ÖVP wird einstimmig beschlossen, Herrn Johann Waldberg anstelle von Herrn Dieter Messmer als Mitglied des Einschätzungsbeirates für die Verumlagerung der Fremdenverkehrsbeiträge zu bestellen.

zu 8)

Bürgermeister Harald WEKERLE berichtet, daß die Gemeinde mit Herrn Ehrenfried VALLASTER eine Ratenzahlungsvereinbarung getroffen habe. Um diverse Sanierungsarbeiten am Dach bezahlen zu können, benötige er ein Darlehen in Höhe von S 246.000,--, wozu es allerdings einer Pfandvorrangseinräumung seitens der Gemeinde bedürfe.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT gibt zu bedenken, daß bei einer Überprüfung durch den Prüfungsausschuß festgestellt werden konnte, daß demnächst Forderungen seitens des Finanzamtes zu erwarten sind. Außerdem sei ihm eine großzügige Rückzahlungsmöglichkeit eingeräumt worden.

Nach weiterer Diskussion wird die beantragte Vorrangseinräumung des Pfandrechtes in EZl. 323 KG Schruns einstimmig genehmigt.

zu 9)

Unter "Allfälliges" fragt EM Dr. Hansjörg CZINGLAR an, ob die Regelung hinsichtlich der Benützung des Parkhauses weiter bestehen bleibe. Bürgermeister Harald WEKERLE erwidert, daß der Beschluß der Gemeindevertretung auf 2 Jahre gefaßt worden sei. Die weitere Vorgangsweise werde im Zusammenhang mit der Errichtung der Sammelgarage diskutiert.

GV Fritz NETZER bemängelt den Zeitplan der Gehsteigreinigung der Batloggstraße, welche erstmals um 11.30 Uhr erfolge.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT fragt hinsichtlich der Übereinkommen mit den Geschwistern Peter an:

- a) Wieviel Sozialwohnungen mit wieviel m<sup>2</sup> sind derzeit vorhanden und in Zukunft vorgesehen?
- b) Höhe der Mieteinnahmen pro Monat, gegliedert nach Wohnungen?
- c) Reparaturen und Instandhaltungskosten, welche in der nächsten Zeit zu erwarten sind?


Bürgermeister Harald WEKERLE vermerkt, daß der Widmungszweck - sozialer Zweck - erst nach dem Ableben der Geschwister Peter vereinbart ist.

Da gegen die Abfassung der Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 33. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung kein Einwand erhoben wird, gilt diese als genehmigt.

Ende der Sitzung: 23.00 Uhr

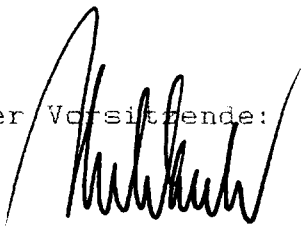
Schruns, am 22. März 1988

Der Schriftführer:



Gemeindesekretär

Der Vorsitzende:



Bürgermeister